

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die Verantwortung für die Inhalte dieses Blattes übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Carl Hübner, Berlin, Unter den Linden 10. Druck: Carl Hübner, Berlin, Unter den Linden 10.

Die Zurückziehung des Friedensvertrages durch Wilson

Der Eindruck des Wilsonschen Beschlusses in den Ententeländern.

Amsterdam, 21. November. (L. A.)
Die Zurückziehung des Friedensvertrages durch Wilson hat in Frankreich und England einen ganz ungewöhnlichen Eindruck gemacht, obgleich die politischen Kreise auf diese Entlassung vorbereitet waren. Die maßgebende englische Presse hat sich in spannenden Artikeln mit der neu geschaffenen Lage. Den Kernpunkt der englischen Pressekommentare bildet die Feststellung, daß Bitterbund und Friedensvertrag ohne Amerika in Kraft treten werden, und daß sich die Vereinigten Staaten vollkommen isolieren.

Wir haben die uns von besonderer neutraler Seite zur Verfügung gestellte Meldung, daß Wilson den Friedensvertrag zurückgezogen habe, schon in heutigen Morgenblättern berichtet. Es tritt nun also ein Zustand ein, der zur Folge haben dürfte, daß die Vereinigten Staaten sich über eine Kommission, also beispielsweise auch aus dem Heber-Kommissionen in den besetzten Gebieten und in den Bestimmungen gebieten zurückziehen werden. Ebenso werden sie dann nicht an der Biedergutmachungskommission teilnehmen. Es könnte sein, daß der Kriegszustand zwischen Deutschland und Amerika durch einen einfachen Beschluß des Kongresses beendet werden wird, nach dem letzten Vorhaben des Senats vor dem Abzug entlassen. Auch in diesem Falle würden aber zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Kriegszustand uhm, direkte Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland nötig sein.

Die Vorgänge im amerikanischen Senat.

Der Antrag Lodge auf Beendigung des Kriegszustandes. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 21. November.
Zu den Vorgängen im amerikanischen Senat, die zu der bekannten Ablehnung des amerikanischen Friedensvertrages führten, wird noch gemeldet: Der Vorsitzende des Senats, Charles McNary, erklärte nach der Ablehnung des Antrages von Lodge, er sei für die Meinung, daß das Abkommen jetzt wieder zu beschließen sei, wie es den Ausschüssen vorlag und daher neuen Änderungsanträgen zugänglich sei. Der Senat verwarf die Sache aber mit 51 gegen 42 Stimmen gegen diese Auffassung. Mit 51 gegen 42 Stimmen wurde die Billigung des Antrages von Lodge im Senat beschlossen. Der Senat ermächtigt, daß am 6. April 1917 der Kriegszustand zwischen Deutschland und Amerika durch einen Beschluß des Senats beendet werden kann.

Der Stand der Kohlenversorgung.

Über den Stand der Kohlenversorgung erfahren wir von unterrichteter Seite: Die Förderung hat sich in der letzten Zeit allgemein gehoben, im Ruhrgebiet werden zurzeit etwa 245 000 bis 250 000 Tonnen gegen 230 000 in der Vorperiode, in Oberschlesien rund 100 000 Tonnen gefördert. Die Produktion im Saarrevier beträgt etwa 90 Prozent der Förderung im letzten Kriegsjahr. Auch die Zahl der Beschäftigten hat sich erheblich gehoben: es arbeiten im Ruhrrevier 440 000 Mann gegen 450 000 im Herbst 1918 und 800 000 im Jahre 1913. In Oberschlesien sind 150 000 Mann gegen 100 000 im letzten Kriegsjahr, und zum Ende des Krieges tätig. Die Förderung aus dem Saarrevier geht bis auf einen verhältnismäßig kleinen Teil an die Entente.

Der Abtransport der Kohlen ist fast behindert durch den Wagenmangel, der sich seit Mitte des Jahres immer mehr bemerkbar macht. Der Aufsatze betragen die Güterbedarfe an 1. November 882 000 Tonnen, am 15. November 765 000 Tonnen, so daß hier etwa 80 000 Tonnen abgehoben wurden. Ähnlich verhielt sich in Oberschlesien die Kohlen von 703 000 Tonnen am 1. November auf 556 000 Tonnen bis zum 15. November.

Die Wagenstellung, die an der Ruhr nach Einlegen der Verträge 17 000 bis 18 000 pro Tag betrug, sank in den letzten Tagen auf 14 100 bis 14 200 Wagen. In Oberschlesien wurden in der ersten Zeit 8000 Wagen gestellt, jetzt werden täglich etwa 7000 bedarf.

Der Kohlenbedarf ist zu berücksichtigen, das die preussischen Staatsbahnen trotz aller Verkehrserschwerungen 93 Prozent der Kohlenbedarfe verbrauchen, die sie im Vorjahr bei den geltenden Preissteigerungen benötigten. Am schließlichen in der Versorgung sind die Gaswerke. Während der Normalverbrauch im Durchschnittsmonat etwa 850 000 Tonnen für alle Gaswerke betrug, konnten in den ersten neun Monaten des letzten Jahres pro Monat nur durchschnittlich 610 000 Tonnen geliefert werden. Am 1. Oktober 1918 lagerten bei den Gaswerken als Reserve 780 000 Tonnen, zurzeit sind insgesamt 213 000 Tonnen verfügbar.

Die Befreiung der Elektrizitätswerte gestaltet sich etwas schwerer, da diese Werte oft unmittelbar an Produktionsort sich befinden. Im Problem werden gelten das Elektrizitätswert Markt bei etwa 1. B. von dessen Betrieb insgesamt 70 000 Arbeiter abhängig sind, dessen Wert für die Industrie, das Wert für die Elektrizitätswert Markt droht das gleiche in kürzester Zeit. Die Befreiung von Gasbrand, die im Vorjahr noch auf 80 bis 90 Prozent der Sollleistung erhalten werden konnte, ist in diesem Jahre auf 50 Prozent zurückgegangen. Besonders schlecht sind Ost- und Westpreußen, Pommern und der gesamte Süden betroffen worden. Bei einer Umkehrung der augenblicklich verhält-

Deutschland und Amerika erklärt worden ist, daß diese Handlungen der damaligen deutschen Regierung seit langer Zeit aufgehört haben, daß durch den Waffenstillstand vom 11. November 1918 die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten aufgehört haben, daß Deutschland laut den Bestimmungen des Versailler Abkommens mit allen Staaten, mit denen es im Kriege war, wieder in Frieden leben wird, sobald drei der vier Entente-Mächte das Abkommen ratifiziert haben, und befristet, das Einverständnis des Abgeordnetenhauses vorausgesetzt, der Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gleichfalls als beendet angesehen.

Aus dem Bericht der Senatsführung ergibt sich, daß 14 demokratische Senatoren für den Antrag von Lodge gestimmt haben, während 18 Republikaner dagegen waren. Wenn auch diese 19 ihren Führern treu geblieben wären, hätte der Antrag Lodge 68 Stimmen erhalten und die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Aus ihrem Abweichen zieht man die Schlussfolgerung, daß die Republikaner im letzten Augenblick doch vor der Verantwortung für eine Ablehnung des unvorzuziehenden Abkommens zurückgeschreckten sind.

Sofortiges Inkrafttreten des Friedensvertrages?

Rotterdam, 21. November. (W. I. B.)
Holländische „Rotterdamse Courant“ meldet zur Ablehnung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat, daß man in Paris allgemein der Ansicht ist, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages, nachdem er schon von drei Großmächten ratifiziert worden ist, keinen Augenblick länger hinausgeschoben werden dürfte.

Aus Bern ist gemeldet worden, daß der Versailler Friedensvertrag solle am 1. Dezember in Kraft treten. Eine solche Festsetzung auf ein bestimmtes Datum ist vorläufig sehr unwahrscheinlich. Sie hätte zur Voraussetzung, daß vorher die Verhandlungen, die in Paris zwischen den Vertretern der Entente und der von Oberstmarz v. Sison geführten deutschen Kommission im Gange sind, in abschließender Weise beendet würden. Diese Verhandlungen haben ihren erst begangenen und abgebrochen scheint, daß der Reichstag, zu einem für beide Teile annehmbaren Ergebnis zu gelangen dabei vormalig. Läßt sich das Ende nicht absehen und über den Tag der Unterzeichnung natürlich noch nichts sagen. Es ist selbstverständlich, daß vor einem Inkrafttreten des Friedens die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen geregelt werden muß, und die von England erhobenen, für Deutschland unerträglichen Schadenersatzforderungen für die Verletzung der Schiffe bei Scapa Flow hätten eine eingehende Auseinandersetzung nötig machen. Darum ist, wie gesagt, kaum anzunehmen, daß die Entente bereits einen bestimmten Termin für das Inkrafttreten des Versailler Vertrages festgelegt haben sollte. Die Nachträge von Ausschüssen in Amerika kann allerdings dazu beitragen haben, den Wunsch nach einer Beschleunigung der Aktion zu verstärken.

Der Stand der Kohlenversorgung.

Über den Stand der Kohlenversorgung erfahren wir von unterrichteter Seite: Die Förderung hat sich in der letzten Zeit allgemein gehoben, im Ruhrgebiet werden zurzeit etwa 245 000 bis 250 000 Tonnen gegen 230 000 in der Vorperiode, in Oberschlesien rund 100 000 Tonnen gefördert. Die Produktion im Saarrevier beträgt etwa 90 Prozent der Förderung im letzten Kriegsjahr. Auch die Zahl der Beschäftigten hat sich erheblich gehoben: es arbeiten im Ruhrrevier 440 000 Mann gegen 450 000 im Herbst 1918 und 800 000 im Jahre 1913. In Oberschlesien sind 150 000 Mann gegen 100 000 im letzten Kriegsjahr, und zum Ende des Krieges tätig. Die Förderung aus dem Saarrevier geht bis auf einen verhältnismäßig kleinen Teil an die Entente.

Der Abtransport der Kohlen ist fast behindert durch den Wagenmangel, der sich seit Mitte des Jahres immer mehr bemerkbar macht. Der Aufsatze betragen die Güterbedarfe an 1. November 882 000 Tonnen, am 15. November 765 000 Tonnen, so daß hier etwa 80 000 Tonnen abgehoben wurden. Ähnlich verhielt sich in Oberschlesien die Kohlen von 703 000 Tonnen am 1. November auf 556 000 Tonnen bis zum 15. November.

Die Wagenstellung, die an der Ruhr nach Einlegen der Verträge 17 000 bis 18 000 pro Tag betrug, sank in den letzten Tagen auf 14 100 bis 14 200 Wagen. In Oberschlesien wurden in der ersten Zeit 8000 Wagen gestellt, jetzt werden täglich etwa 7000 bedarf.

Der Kohlenbedarf ist zu berücksichtigen, das die preussischen Staatsbahnen trotz aller Verkehrserschwerungen 93 Prozent der Kohlenbedarfe verbrauchen, die sie im Vorjahr bei den geltenden Preissteigerungen benötigten. Am schließlichen in der Versorgung sind die Gaswerke. Während der Normalverbrauch im Durchschnittsmonat etwa 850 000 Tonnen für alle Gaswerke betrug, konnten in den ersten neun Monaten des letzten Jahres pro Monat nur durchschnittlich 610 000 Tonnen geliefert werden. Am 1. Oktober 1918 lagerten bei den Gaswerken als Reserve 780 000 Tonnen, zurzeit sind insgesamt 213 000 Tonnen verfügbar.

Die Befreiung der Elektrizitätswerte gestaltet sich etwas schwerer, da diese Werte oft unmittelbar an Produktionsort sich befinden. Im Problem werden gelten das Elektrizitätswert Markt bei etwa 1. B. von dessen Betrieb insgesamt 70 000 Arbeiter abhängig sind, dessen Wert für die Industrie, das Wert für die Elektrizitätswert Markt droht das gleiche in kürzester Zeit. Die Befreiung von Gasbrand, die im Vorjahr noch auf 80 bis 90 Prozent der Sollleistung erhalten werden konnte, ist in diesem Jahre auf 50 Prozent zurückgegangen. Besonders schlecht sind Ost- und Westpreußen, Pommern und der gesamte Süden betroffen worden. Bei einer Umkehrung der augenblicklich verhält-

Nach den Vernehmungen im Untersuchungsausschuß.

Die Feststellungen über den U-Boot-Krieg.

Dr. med. Struve-Kiel
Mitglied der verfassunggebenden Landesversammlung.

Was wir unter der Herrschaft der Entente nie sagen durften, was uns später von den Freunden des Großadmirals v. Tirpitz stets bestritten worden ist, das hat sich jetzt durch die Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß als lauter Wahrheit herausgestellt: Im März 1916, als von den Herren Grafen Westarp und Stresemann der sofortige uneingeschränkte U-Boot-Krieg gefordert wurde, da Schwamm westlich von England auf einer Länge von 600 Seemeilen hängig nur drei U-Boote, Mehr nicht! Das war Tirpitz' Leistung — und Ende.

Auch unsere Behauptung, daß die entscheidenden Ausführungen des Staatssekretärs v. Capelle vom 28. März 1916 trotz aller gegenteiligen Versicherungen nicht in dem Protokoll des Reichstages enthalten seien, entspricht den Tatsachen. Heute habe ich durch eine Nachfrage festgestellt, daß sie erst am 24. März 1918 überliefert sind, ohne — wiederum bemerkt — bis heute in das amtliche Protokoll eingetragt zu sein.

Zur selben Zeit — im Jahre 1916 — hatte der Bundesrat von Herrn v. Tirpitz durch Herrn Böhlen über die Anzahl der U-Boote die Zahl 203 gelehrt. Diese Zahl 203 hat die bekannte „Allgemeine Zeitung“ hervorgehoben, die auch dadurch bestätigt wird, daß der Bundesrat später erfahren durfte, von diesen 203 U-Booten seien mit Einschluß der Schulboote 54 fruchtlos.

Ein merkwürdiges Zahlenpiel: 203 Boote sind damals dem Bundesrat genannt worden, 2-3 waren zur selben Zeit draußen im Kampf gegen England. Herr v. Capelle hat seinerseits nicht zugegeben, daß bei den U-Boot-Bestellungen während seines Staatssekretariats 1916-1918, das Jahr 1916, das von auschlaggebender Bedeutung war, nicht die Zahl 203, sondern die Zahl 90 U-Boote — hat er 1916 in Auftrag gegeben. Damit sind alle Vorwürfe, die ich wegen veräumerter U-Boot-Bestellungen dem Herrn Staatssekretär gemacht habe, von ihm zugegeben. Es ist also tatsächlich wahr, daß während des Jahres 1916, als es die Krieges-Vernehmung finden sollten, in Bau zu geben, weder unsere Wertungen noch unsere Industrie voll ausgenutzt worden sind.

Herr Staatssekretär v. Tirpitz hat in der zwanzigsten Monats vom August 1914 bis März 1916 80 455 Tonnen U-Boote bestellt. Das macht im Monat 4000 Tonnen. Die Capelle-Bestellungen belaufen sich auf ungefähr 5000 Tonnen im Monat. Dagegen sind vom U-Boot-Amt unter den Bestellungen in Höhe von 40 000 Tonnen für den einzelnen Monat ergangen, jedoch, die so sehr für sich sprechen, daß jeder weitere Kommentar unnütz wäre.

Lebhaften Widerspruch müssen wir aber auch heute noch gegen die Art erheben, wie Herr v. Capelle die von ihm unterlassenen U-Boot-Bestellungen im Jahre 1916 zu entlastigend berichtet. Herr v. Capelle hat am 11. D. behauptet, die schwierige Situation habe ihn gezwungen, ein größeres U-Boot-Programm aufzustellen: Ich konnte dies nicht, wenn ich mich nicht in schreiendem Widerspruch zum Reichstag und zur Regierungspolitik setzen wollte. Mit dieser Behauptung stellt sich Herr v. Capelle in einen belagerten Widerstand zu den Tatsachen des Jahres 1916.

Schon am 28. März 1916 hat der Abgeordnete Groeber die politische Lage richtig gekennzeichnet durch die Bemerkung: Wir haben nicht die genügende Zahl von U-Booten, um den wichtigsten U-Boot-Krieg führen zu können. Der Reichstagsler würde, wenn er die nötige Anzahl von U-Booten hätte, von ihnen einen starken Gebrauch machen. Somit besteht sachlich kein Streitgrund mehr.

Auch wir Fortschrittler haben den Standpunkt vertreten, daß wir in den Konventionen gegenüber Amerika nicht weiter gehen wollten, als es bisher geschehen war. Am nächsten Tage am 29. ist an Herrn v. Capelle die direkte Erklärung ergangen, die Bauaufträge in U-Booten erfordern zu gering. Er wurde mit Ausnahm gegeben, ob die Marinereverwaltung wirklich die volle Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie in den Dienst des Baues von U-Booten gestellt habe. Da hat uns Herr v. Capelle befragt, er werde sich weiter überlegen, ob auf diesem Gebiet noch mehr zu machen sei. Der Bau von U-Booten ist ja auch eine Frage. Wie der Krieg anfiel, hatten wir zwei Werften, die U-Boote bauten, heute haben wir deren fünf. Deutsche Reiche, die keine U-Boote liefern. Aber ich werde auch der Frage nachzusehen, ob diese Werften noch herangezogen werden können.

Am 4. und 5. April 1916 war die Verhandlung des Marineetats, in der Herr v. Capelle eine außerordentlich scharfe Kritik der ganzen Flottenbaupolitik des Staatssekretärs v. Tirpitz gab. Dabei hat Herr v. Capelle ausgeführt, daß er nichts unternommen habe, um soviel U-Boote wie möglich zu bauen. Er halte es auch für angelegentlich, daß wir mit einer möglichst großen U-Boot-Flotte in die Friedensverhandlungen eintreten müßten.

Außer dem hat namentlich der damalige Abgeordnete Groeber, als Sprecher der Zentrumspartei, Herrn v. Capelle gebeten, dafür zu sorgen, daß alle Werften zum Bau von